



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebßhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Berufsorientierung stärken – Ausbildung sichern
(Kap. 10 05 TG 74)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

Zur Stärkung der Berufsorientierung in Bayern werden in Kap. 10 05 (Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation) in der TG 74 (Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung) die Ansätze für das Jahr 2026 von 2.668,7 Tsd. Euro um 500,0 Tsd. Euro auf 3.168,7 Tsd. Euro sowie für das Jahr 2027 von 2.430,3 Tsd. Euro um 750,0 Tsd. Euro auf 3.180,3 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Die Aufstockung der Mittel in diesem Haushaltstitel ist erforderlich, um den wachsenden strukturellen Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt wirksam zu begegnen und die Ziele der beruflichen Bildung nachhaltig zu sichern.

Aktuelle Befunde aus dem Berufsbildungsbericht zeigen, dass sich der Ausbildungsmarkt zunehmend auseinanderentwickelt: Während die Nachfrage junger Menschen nach dualer Ausbildung wieder steigt, gehen sowohl die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge als auch das Ausbildungsangebot insgesamt zurück. Gleichzeitig erreicht die Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber bundesweit einen neuen Höchststand. Dies verdeutlicht, dass es nicht an grundsätzlichem Interesse, sondern an Passung, Orientierung und Zugänglichkeit fehlt.

Diese Problematik zeigt sich in Bayern in besonderer Weise. Zwar besteht rechnerisch ein Überangebot an Ausbildungsstellen, dennoch bleibt der Anteil junger Erwachsener ohne Berufsabschluss mit 15,1 Prozent auf einem historischen Höchststand. Zugleich lösen rund 27 Prozent der Auszubildenden ihre Ausbildungsverträge vorzeitig. Zentrale Ursachen sind eine unzureichende Berufsorientierung, falsche Berufsvorstellungen sowie fehlende Unterstützung im Übergang von Schule in Ausbildung. Besonders alarmierend ist zudem der geringe Anteil von Auszubildenden mit Hochschulzugangsberechtigung, was auf Defizite in der Berufsorientierung an weiterführenden Schulen hinweist.

Vor diesem Hintergrund gewinnen die aus diesem Titel finanzierten Maßnahmen deutlich an Bedeutung und müssen daher deutlich angehoben werden. Die Stärkung der Berufsorientierung (u. a. durch BOBY (BOBY = BerufsOrientierung in BaYern), Berufsbildungsmessen und begleitende Öffentlichkeitsarbeit) ist ein zentrales Instrument, um

junge Menschen frühzeitig, realistisch und zielgerichtet an berufliche Ausbildungswege heranzuführen und Fehlentscheidungen sowie Ausbildungsabbrüche zu reduzieren. Ebenso sind regionale, passgenaue Formate erforderlich, um Stadt-Land-Unterschiede, Mobilitätshürden und strukturelle Benachteiligungen auszugleichen.

Darüber hinaus leisten die geförderten Maßnahmen zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, zur Teilzeitausbildung und zur Fachkräftegewinnung einen wichtigen Beitrag, um dem steigenden Fachkräftebedarf zu begegnen und bislang ungenutzte Potenziale für den Arbeitsmarkt zu erschließen.